

# Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.11.2013, Nr. 264, S. N4

## Schokoriegel, Bürgerrecht

Darf der Staat seine Bürger zwingen, gesund zu leben?

Arme Menschen sterben bis zu zwölf Jahre früher als reiche. Und dies ist nur zu einem geringen Anteil - Forscher schätzen ihn auf zwanzig Prozent - auf einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem zurückzuführen. Wichtiger ist das Gesundheitsverhalten, der Lebensstil. Public Health, die öffentliche Gesundheitsfürsorge, hat sich die längste Zeit damit befasst, die Lebensbedingungen durch Hygienemaßnahmen zu verbessern, und hat dadurch zur Steigerung der Lebenserwartung beigetragen. Jetzt nimmt die "neue Public Health" den Lebensstil ins Visier: Nichtrauchererschutz, Fettsteuer und Lebensmittelkennzeichnung, Veggie Days, irreführende Werbung und das Verbot von XXL-Portionen Coca-Cola.

Damit wagt sich die Gesundheitsfürsorge auf ein Minenfeld. Die Crux an der Sache: Unter Umständen muss der Einzelne Einschränkungen hinnehmen für Vorteile, die nur statistisch zu messen sind. Es gehe um Maßnahmen, die nicht unmittelbar die Individuen betreffen, so Thomas Schramme (Hamburg) auf der von ihm und dem Juristen Stefan Huster (Bochum) geleiteten Eröffnungstagung einer neuen Forschungsgruppe über normative Aspekte von Public Health, die am Bielefelder Zentrum für interdisziplinäre Forschung stattfand. Letztlich geht darum, Gesundheit, Freiheit und Gerechtigkeit unter einen Hut zu bringen.

Bruce Jennings (Yale) versuchte, die Spannung zwischen Autonomie und Intervention über den Freiheitsbegriff zu lösen: Nur eine Idee der Freiheit, die das Individuum losgelöst von seinen sozialen Verstrickungen betrachte, lasse den Konflikt zwischen den Interessen des Individuums und denen der Gesellschaft aufkommen. Dem stellte Jennings seinen Begriff der "relational liberty", der Freiheit in Beziehungen, gegenüber. So wie es Dinge gibt, die man nicht allein tun kann, gibt es eine Freiheit, die nur funktioniert, weil der Mensch in Gesellschaft lebt. Dies anzuerkennen, sei die Basis für einen Freiheitsbegriff, in dem die Rechte des Individuums und die Ansprüche der Gemeinschaft sich nicht widersprechen. Ein Gedanke, den Volker H. Schmidt (Singapur) umgehend als kollektivistische Gehirnwäsche brandmarkte. Freiheit in Beziehungen sei gar keine Freiheit, und Public Health dürfe sich den Freiheitsbegriff nicht nach Bedarf zusammenbasteln.

Das Lieblingsargument der Gegner aller staatlichen Maßnahmen ist das Argument der schiefen Ebene: Wenn wir erst zulassen, dass das Rauchen in der Kneipe verboten wird, seien wir schon auf dem Weg in eine Gesundheitsdiktatur, vor der kein Winkel persönlicher Lebensführung mehr sicher sei. Doch hier werden Konsumentenrechte und Bürgerrechte in eins gesetzt, beklagte Ilona Kickbusch (Genf), die von ihren gescheiterten Bemühungen berichtete, ein Gesundheitsfürsorgegesetz in der Schweiz durchzusetzen. Das Recht auf freie Wahlen werde gleichgesetzt mit dem Recht, noch mehr Schokoriegel im Supermarkt vorzufinden, Marktverhalten werde gleichgesetzt mit demokratischem Verhalten. Sie hält eine Kombination unterschiedlicher Maßnahmen und Strategien für erforderlich und auch für wirksam, um das Gesundheitsverhalten der Menschen zu befördern: von Anreizen über Verbote bis zu den keinen Tricks, die unter dem Stichwort "Nudge" bekannt geworden sind. Wenn Obst und Gemüse vor der Nase der Käufer, das Zuckerzeug aber ganz unten oder ganz oben liegt, wandert automatisch mehr Gesundes in den Einkaufswagen.

Doch solche Einflussnahmen auf das Verhalten der Bürger bedürfen in liberalen Gesellschaften der Rechtfertigung, erinnerte Georg Markmann (München). Sind die Maßnahmen gerecht, ihre Wirksamkeit erwiesen, der Schaden, den sie abwenden, gravierend, und gibt es keine Alternativen, die die Autonomie des Individuums weniger einschränken? Er plädierte dafür, die grundlegende Spannung zwischen der Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und der Einschränkung der individuellen Wahlfreiheit in einem fairen, transparenten, evidenzbasierten und konsistenten Dialog auszufeuchten.

Klingt gut, konterte Kickbusch und hielt aus ihren Schweizer Erfahrungen dagegen: Solche aufgeklärten Dialoge waren politisch schlicht nicht möglich. Wissenschaftliche Fakten etwa zählten einfach nicht. Dennoch: Auch Gesundheitsfürsorge sei eine Sache der politischen Aushandlung, und es gelte, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren. "Wir müssen dafür sorgen, dass unsere demokratischen Institutionen die Gesundheit im Blick haben", so Kickbusch. "Wir müssen dafür sorgen, dass die Politiker und die Bürger in diesen Themen kompetent werden." Schließlich gilt es, gegen die aggressiven Werbestrategien und das Lobbying der Nahrungsmittelkonzerne anzukommen.

Aber genau dies geschieht nicht, konstatierte Gerd Gigerenzer (Berlin). Im Gesundheitswesen stünden Gelder für alles Mögliche zur Verfügung, nur nicht, um die Menschen zu kritischen Bürgern zu erziehen und ihnen zum Beispiel beizubringen, Risikostatistiken richtig zu lesen. Eine Gängelei durch besserwissende Gesundheitsfürsorger ist in einem demokratischen Staat ebenso inakzeptabel wie die massive Ungleichheit der Lebens- und Gesundheitschancen. Die neue Public Health hat schon viel gewonnen, wenn es ihr gelingt, diese Probleme in die öffentliche Diskussion zu

bringen.

MANUELA LENZEN

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)